

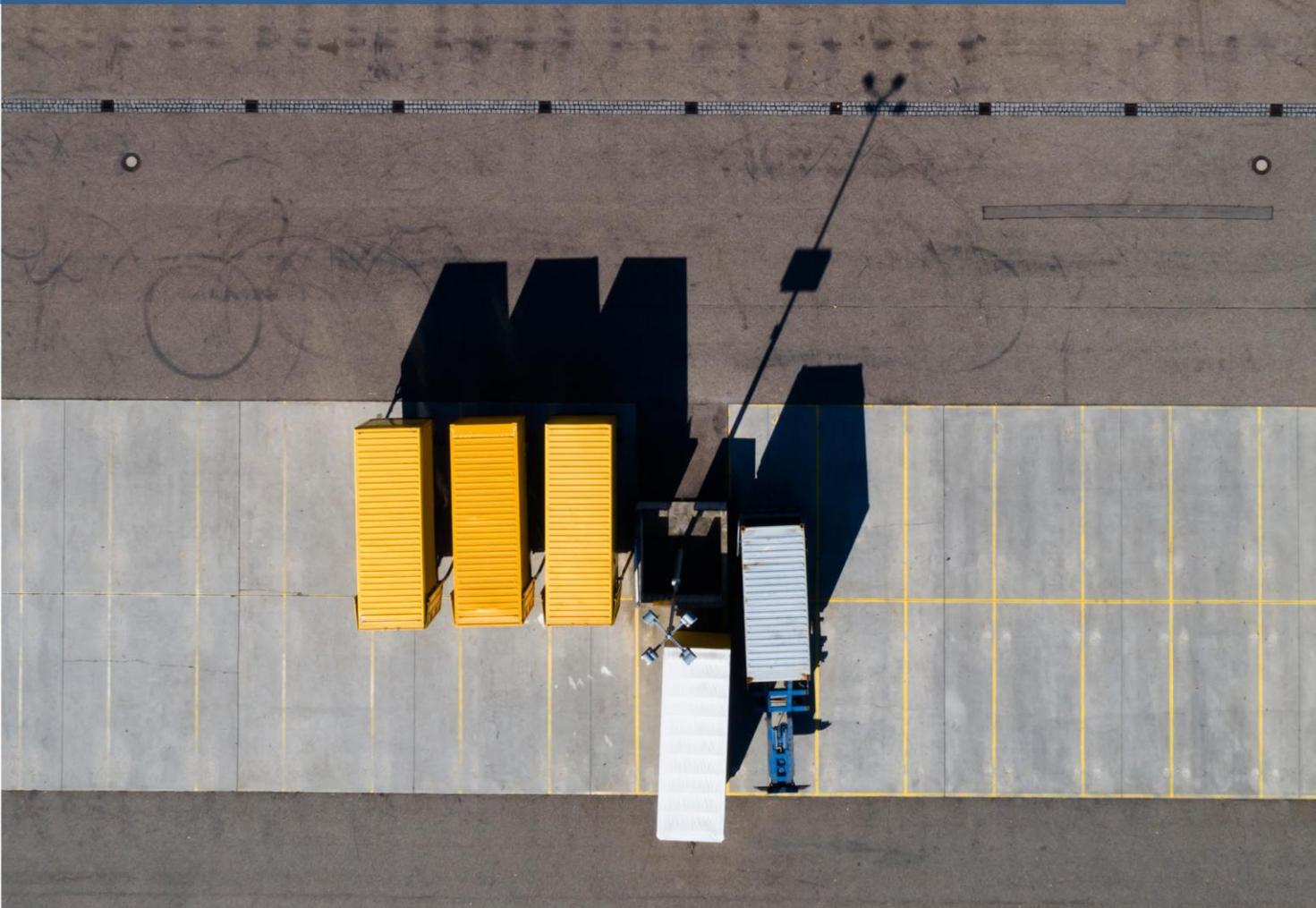
Außenwirtschaft

# Zukunftsfähige Neuausrichtung der Entwicklungspolitik

vbw

Position  
Stand: August 2025

Die bayerische Wirtschaft





## Vorwort

### Ein Neustart in der Entwicklungspolitik ist zwingend erforderlich

Entwicklungszusammenarbeit bietet grundsätzlich großes Potenzial - Derzeit erfüllt sie die in sie gesteckten Ziele jedoch nicht. Ein Neustart in der Entwicklungspolitik ist daher zwingend notwendig und sollte von der Bundesregierung nun zügig angegangen werden.

Wirtschafts- und Entwicklungspolitik müssen stärker als bisher zusammen gedacht werden. Schließlich gilt: Investitionen privater Unternehmen leisten einen entscheidenden Beitrag für die globale Entwicklung. Das gilt es mehr als bisher zu berücksichtigen.

Unternehmen müssen daher bei ihrem Markteintritt in Schwellen- und Entwicklungsländer gezielte politische Unterstützung erhalten. Nur so können sie ihren Beitrag zur Erreichung entwicklungspolitischer Ziele leisten. Zudem muss die Stärkung des globalen Handels und der Zugang zu kritischen Rohstoffen und Ressourcen als zentrales Ziel der deutschen Entwicklungspolitik anerkannt werden. Der lokalen Wertschöpfung kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Bayerische Unternehmen können ihre Produkte, einschließlich neuester Technologien, exportieren, mit lokalen Start-ups kooperieren und ihrem Knowhow unterstützen. So wird der Kompetenzaufbau in Schwellen- und Entwicklungsländer gestärkt und die Basis für eine nachhaltige Entwicklung gelegt.

Bertram Brossardt  
14. August 2025



# Inhalt

Position auf einen Blick	1
1 Leitlinien und Nutzen der deutschen Entwicklungspolitik	2
2 Status quo der deutschen Entwicklungszusammenarbeit	3
3 Position der vbw	4
3.1 Koordinierte Entwicklungszusammenarbeit mit klaren und gemeinsamen Zielen	4
3.2 Interessensgeleitete Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe	5
3.3 Aufbau und aktive Einbindung der Privatwirtschaft	5
3.4 Außenwirtschaftsförderung ausbauen und mit Entwicklungszusammenarbeit verzahnen	6
3.5 Überprüfung und Optimierung der Strukturen	7
Ansprechpartner/Impressum	8

# Position auf einen Blick

## Entwicklungspolitik richtig einsetzen, um Potential zu nutzen

Als stark exportorientiertes Land mit wenig Rohstoffvorkommen ist Deutschland im Hinblick auf Lieferketten, Absatzmärkte und Rohstoffzugang auf verlässliche internationale Beziehungen angewiesen. Im internationalen Wettbewerb um Partnerschaften ist die Entwicklungspolitik eine tragende Säule, die es richtig einzusetzen gilt, um die Potenziale zu nutzen.

Wir fordern daher:

- Die Zusammenarbeit aller Akteure der Entwicklungszusammenarbeit zu koordinieren und die Entwicklungspolitik gemeinsam strategisch auszurichten.
- Die Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit stärker an den geopolitischen Zielen und den strategischen Wirtschaftsinteressen Deutschlands auszurichten.
- Den Aufbau der Privatwirtschaft bzw. die wirtschaftliche Entwicklung in den Zielländern noch mehr in den Fokus zu rücken und die Privatwirtschaft bei allen Maßnahmen eng einzubinden.
- Die Entwicklungszusammenarbeit und die Außenwirtschaftsförderung enger miteinander zu verzahnen und Unternehmen bei ihrem entwicklungsrelevanten Engagement stärker zu unterstützen.
- Die Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit zu überprüfen und zu optimieren, um die eingesetzten Gelder noch effizienter nutzen zu können und damit einen größeren Mehrwert zu generieren.

# 1 Leitlinien und Nutzen der deutschen Entwicklungspolitik

## Entwicklungszusammenarbeit als Grundstein für langfristige internationale Partnerschaften

Den heutigen Rahmen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit bilden die 17 Entwicklungsziele für eine bessere und gerechtere Welt, die im Mittelpunkt der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung stehen. Auf diese Agenda einigten sich im September 2015 alle 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen. Im Dezember 2015 folgte die Verabschiedung des ersten universell verbindlichen Klimaabkommens auf der Weltklimakonferenz in Paris. Deutschland unterstützt die gemeinsame Umsetzung der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens durch intensives Engagement auf internationaler Ebene sowie umfassende entwicklungspolitische Initiativen mit Partnerländern.

Die Entwicklungszusammenarbeit dient – neben der akuten Nothilfe – vor allem auch dem Aufbau von internationalen Netzwerken und Beziehungen. Als stark exportorientiertes Land mit wenig Rohstoffvorkommen ist Deutschland im Hinblick auf Lieferketten, Absatzmärkte und Rohstoffzugang auf verlässliche internationale Beziehungen angewiesen. Im internationalen Wettbewerb um Partnerschaften ist die Entwicklungszusammenarbeit eine tragende Säule, um dem geopolitischen Einfluss systemischer Rivalen etwas entgegenzusetzen. Deutschland profitiert von seinem Ruf als verlässlicher Partner, den es zu behalten gilt.

Die Entwicklungszusammenarbeit kann zudem einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen und Terrorismus sowie zur Stabilisierung der unterstützten Länder leisten. Jobperspektiven in Sektoren, die der Entwicklung des jeweiligen Landes dienen, wirken sich positiv auf die Sicherheitslage in von Terrorismus betroffenen Ländern aus. Eine sichere Umgebung und ausreichend Nahrung sind wesentliche Faktoren für weniger gefährliche Fluchtbewegungen. Diese mittelbaren Effekte der Entwicklungszusammenarbeit sind wichtige Bausteine in einer vernetzten Welt.

Durch Aufträge vor Ort können deutsche Unternehmen direkt von der Entwicklungszusammenarbeit profitieren. Neue Absatzmöglichkeiten schaffen Arbeitsplätze in Deutschland. Eine erfolgreiche Entwicklungspolitik hat für Deutschland daher einen nicht zu unterschätzenden Mehrwert. Grundsätzlich gilt, entwickelte Gesellschaften sind langfristig neue Handelspartner.

## 2 Status quo der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

### Weniger Mittel für deutsche Entwicklungszusammenarbeit

Zentraler Akteur der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), welches die Entwicklungspolitik konzipiert und umsetzt. Im Haushaltsentwurf 2025 sind 10,28 Milliarden Euro für das BMZ vorgesehen. Das sind rund 940 Millionen Euro weniger als im Jahr 2024, in dem das Budget des BMZ noch bei 11,22 Milliarden Euro und damit bei 2,35 Prozent des gesamten Bundeshaushalts lag. Dies folgt dem Trend der Haushaltsmittelkürzungen der letzten Jahre (2023: 12,1 Mrd. Euro, 2022: 13,8 Mrd. Euro).

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wird nicht allein aus den Mitteln des BMZ finanziert. Insgesamt beliefen sich die deutschen Entwicklungshilfeleistungen (ODA - Official Development Assistance) im Jahr 2024 auf 30 Milliarden Euro. Die Mittel des BMZ machten davon 36 Prozent aus. Weitere Geldgeber sind unter anderem das Auswärtige Amt (13 Prozent) und das Bundeswirtschaftsministerium (2,5 Prozent).

International wurde das Ziel vereinbart 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Erstmals erreicht hat Deutschland dieses Ziel im Jahr 2016. Durch die Kürzungen im Haushalt wird dieses Ziel in Zukunft schwierig zu halten sein.

Größte Geberländer, bezogen auf die absolute Höhe der ODA-Zahlungen, waren im Jahr 2024 die USA, gefolgt von Deutschland und Großbritannien. Nach dem Einfrieren der Mittel für die Entwicklungsorganisation U.S. Agency for International Development (USAID) durch US-Präsident Trump, dürfte sich im Jahr 2025 ein anderes Bild zeichnen. Gemessen am Bruttonationaleinkommen waren 2024 Norwegen, Luxemburg und Schweden die größten Geberländer von öffentlicher Entwicklungshilfe. Deutschland folgte auf Platz fünf.

Die deutschen Entwicklungsgelder werden sowohl bilateral, also direkt an einzelne Länder, als auch multilateral über internationale Organisationen wie die EU oder die Vereinten Nationen vergeben.

Die Koordination und Organisation der Entwicklungsprojekte, die das BMZ auf Basis von Regierungsabkommen mit Partnerländern vereinbart hat, erfolgt hauptsächlich durch staatlich beauftragte Durchführungsorganisationen, wie der KfW Entwicklungsbank und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

Zudem erfolgt eine Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Organisationen (NGOs) und multilateralen Organisationen wie den Vereinten Nationen und der Weltbankgruppe, um Unterstützung in weiteren Ländern zu ermöglichen.

## 3 Position der vbw

### Potenzial der Entwicklungszusammenarbeit vorausschauend nutzen und die Privatwirtschaft einbeziehen

Um zu ermöglichen, dass die Entwicklungszusammenarbeit die in sie gesetzte Hoffnung und ihre Ziele auch erfüllt und den Rückhalt in der Bevölkerung behält, muss eine zukunftsfähige Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit vorgenommen werden.

#### 3.1 Koordinierte Entwicklungszusammenarbeit mit klaren und gemeinsamen Zielen

Es braucht eine koordinierte Zusammenarbeit aller Akteure und eine gemeinsame strategische Ausrichtung der Entwicklungspolitik. Durch diesen ganzheitlichen, integrierten Ansatz, werden nicht nur Zielkonflikte vermieden, es wird auch eine deutlich erhöhte Glaubwürdigkeit und eindeutige Berechenbarkeit Deutschlands bei den Partnerländern hergestellt. Durch ein Nebeneinander oder gar ein Gegeneinander von Zielen und Forderungen werden Chancen vertan. Es gilt deshalb Aktivitäten, wenn möglich, zu bündeln, Akteure der Entwicklungszusammenarbeit besser zu koordinieren und Projekte an den gemeinsamen strategischen Zielen auszurichten. Dies bedeutet auch eine stärkere Fokussierung bei der Auswahl der Entwicklungsprojekte, um mehr Sichtbarkeit zu erzeugen, und eine noch stärkere Einbeziehung der Evaluierungsergebnisse vergangener Projekte. Ineffizienzen können wir uns nicht mehr leisten – langfristiger Nutzen muss gewährleistet werden. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass die Bundesregierung eine bessere Zusammenarbeit, eine kohärente Abstimmung und die Reduzierung entwicklungspolitischer Schnittstellen zwischen den Ressorts plant. Die Nennung strategischer Schwerpunkte, wie wirtschaftliche Zusammenarbeit und Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen, im Koalitionsvertrag ist ebenfalls positiv hervorzuheben.

Die Notwendigkeit der besseren Koordinierung bezieht sich neben den staatlichen Akteuren auch auf die Akteure vor Ort. Diese müssen untereinander besser vernetzt und Projekte besser aufeinander abgestimmt werden, um Synergieeffekte zu nutzen und nachhaltigere und schlagkräftigere Effekte zu erzielen. Im Ergebnis kann dies auch dazu führen, dass sich durch das Bündeln der Kräfte die Anzahl der Akteure, der Effektivität dienend, reduziert. Ein Aufbau von Parallelstrukturen gilt es im Sinne des Fortschritts in jedem Fall zu vermeiden.

Deutschland sollte auch auf internationaler Ebene auf eine bessere Koordinierung und gemeinsame Strategie drängen. Es ist daher sehr erfreulich, dass der Koalitionsvertrag festhält, dass sich die Bundesregierung für eine intensivere Abstimmung und Arbeitsteilung mit anderen Geberländern und Institutionen, insbesondere in der EU und im Rahmen der Vereinten Nationen sowie weiterer multilateraler Organisationen, wie zum Beispiel der Weltbank, einsetzt.

## 3.2 Interessensgeleitete Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe

Die Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit müssen – selbstverständlich unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Partnerländer – an den geopolitischen Zielen und den strategischen Wirtschaftsinteressen Deutschlands ausgerichtet werden. Es geht darum, eine Win-Win-Situation für beide Seiten zu schaffen. Die Partnerländer haben Verständnis dafür, dass die Zusammenarbeit zu beiderseitigem Nutzen sein soll. Die früher übliche Entwicklungshilfe wird von vielen Partnerländern abgelehnt.

Eine Entwicklungspolitik, die sich primär oder sogar ausschließlich auf die Vorstellungen und Bedürfnisse eines Nehmer-Landes ausrichtet, ist letztlich naiv und wird eher als Schwäche des Geber-Landes interpretiert. Wir müssen endgültig weg vom dem Mindset, dass Entwicklungspolitik allein auf Hilfsangebote beschränkt ist. Die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Partnerländern muss stets auf Augenhöhe stattfinden. Dazu gehört, einen beherrschenden Paternalismus zu unterlassen und die Partnerländer bei der Einhaltung von EU-Vorgaben zu unterstützen. Grundlage muss ein Austausch sein, der von Offenheit geprägt ist und die Sichtweisen des Partners ernst nimmt. So werden Beziehungen aufgebaut und langfristig gestärkt.

Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung mit dem aktuellen Koalitionsvertrag anerkannt hat, dass es eine Entwicklungspolitik braucht, die aktuelle geopolitische und ökonomische Realitäten stärker abbilden und wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen als strategische Schwerpunkte nennt.

## 3.3 Aufbau und aktive Einbindung der Privatwirtschaft

Für eine erfolgreiche und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit ist es erforderlich, die wirtschaftliche Entwicklung noch mehr in den Fokus zu rücken und die Privatwirtschaft eng einzubinden.

Grundannahme ist, dass der Aufbau einer starken Privatwirtschaft vor Ort die Basis für Entwicklung schafft. Ziel der Entwicklungszusammenarbeit muss es deshalb sein, den Wirtschaftskreislauf vor Ort anzukurbeln, um zu ermöglichen, dass sich die Entwicklung selbst trägt und wirtschaftliches Wachstum erzeugt, das die Perspektiven dauerhaft verbessert. Der neue strategische Schwerpunkt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist daher sehr zu begrüßen.

Wichtig ist es insbesondere Wertschöpfung in Entwicklungs- und Schwellenländern zu schaffen und lokalen Wettbewerb zu fördern. Beides schafft Arbeitsplätze, fördert nachhaltiges Wachstum und wirtschaftlichen Wohlstand der Länder. Dies wiederum führt zu politischer Stabilisierung, reduziert das Abwanderungsrisiko von Arbeitskräften und erhöht den staatlichen Handlungsspielraum durch höhere Steuereinnahmen, was die internationale Abhängigkeit vieler Entwicklungs- und Schwellenländer reduziert und einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen leistet.

Deutsche Unternehmen verfügen über ein großes Produktportfolio und Know-How, um die Länder beim Aufbau der Wertschöpfung zu unterstützen und Industrialisierung zu beschleunigen.

Insgesamt gilt es, die Privatwirtschaft im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit noch stärker einzubinden. Dies gilt sowohl für die Entwicklung neuer Programme der Entwicklungszusammenarbeit als auch für die Bildung und Ausbildung in den unterstützten Ländern. Projekte müssen eng an den wirtschaftlichen Bedarfen vor Ort ausgerichtet und deutsche Unternehmen und Unternehmen vor Ort, wo immer möglich, direkt miteinbezogen werden, um einen nachhaltigen Mehrwert zu generieren.

Gerade in Bezug auf Arbeits- und Fachkräfteinitiativen ist es essenziell, dass nicht am Markt vorbei ausgebildet wird, sondern echte Chancen auf dem Arbeitsmarkt geschaffen werden.

### 3.4 Außenwirtschaftsförderung ausbauen und mit Entwicklungszusammenarbeit verzahnen

Um die entwicklungspolitischen Ziele zu erreichen, muss die Bundesregierung die Entwicklungszusammenarbeit und die Außenwirtschaftsförderung enger miteinander verzahnen und Unternehmen bei ihrem entwicklungsrelevanten Engagement stärker unterstützen. Damit deutsche Unternehmen jeder Größe den Schritt in Entwicklungs- und Schwellenländer wagen, brauchen sie einen besseren und flexibleren Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten und Garantien, um Export- und Investitionsrisiken abzusichern. Der Koalitionsvertrag hält fest, dass sich die neue Bundesregierung dem annimmt – konkrete Taten müssen nun folgen. Auch ein Abbau von Bürokratie im Bereich der Entwicklungspolitik ist dringend notwendig, um den Unternehmen das Engagement zu erleichtern.

Mit der geplanten gemeinsamen Anlaufstelle der Außenwirtschaftsförderung und der Entwicklungszusammenarbeit für die deutsche Wirtschaft geht die neue Bundesregierung nun einen begrüßenswerten weiteren Schritt. Ob die Anlaufstelle in der Praxis einen echten Mehrwert darstellt, wird sich zeigen.

Die geforderte Verzahnung muss auch im Hinblick auf den Mitteleinsatz erfolgen. Mit Blick auf die Bedeutung der Privatwirtschaft bei der Erreichung der entwicklungspolitischen Ziele, insbesondere bezogen auf den Nutzen der Wertschöpfung vor Ort, muss es möglich sein, Gelder der Entwicklungszusammenarbeit verstärkt auch für die Außenwirtschaftsförderung einzusetzen.

Deutschland muss sich im Hinblick auf die Vergabe von Entwicklungsaufträgen zudem darum bemühen, dass deutsche und europäische Firmen von staatlich finanzierten Entwicklungsprojekten stärker profitieren, die Vergabepraktiken fair ausgestaltet sind und verstärkt qualitative Kriterien berücksichtigen. Im Vergleich zu anderen Ländern fließen wenige der eingesetzten Mittel in Form von Aufträgen an deutsche und europäische Firmen

zurück, wie das Grundsatzpapier „Zeit für eine entwicklungspolitische Zeitenwende“ des BDI, basierend auf einer OECD-Studie aus dem Jahr 2022, zeigt. Diesem Problem nimmt sich die neue Bundesregierung nun an, indem sie sich zum Ziel gesetzt hat, dass Vergaben von staatlich finanzierten Projekten der finanziellen Zusammenarbeit überwiegend an Unternehmen aus Deutschland und der EU erfolgen.

### 3.5 Überprüfung und Optimierung der Strukturen

Um die Gelder der Entwicklungszusammenarbeit noch effizienter nutzen zu können, und damit auch unter der geplanten Absenkung der ODA-Quote einen möglichst großen Mehrwert zu generieren, sollten die Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit kritisch überprüft und optimiert werden.

Dies gilt insbesondere in Bezug auf die Weiterentwicklung und mögliche Steigerung der Kosteneffizienz der staatlich beauftragten Durchführungsorganisationen. Ins Auge gefasst werden sollte auch der zukünftige Einsatz von Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit für innovative Technologien und Projekte wachstumstreibender Branchen. Die Budgetverteilung sollte grundsätzlich neujustiert werden. Dies meint weniger direkte Transfers und mehr investive Mittel für Unternehmen. Die Wirksamkeit sollte dabei regelmäßig überprüft und mit der Wirtschaft diskutiert werden.

Bei der Vergabe von Fördermitteln muss zudem weiter sichergestellt werden, dass diese an der richtigen Stelle ankommen und nur für den vereinbarten Zweck eingesetzt werden. Dafür braucht es eine bessere Abstimmung hinsichtlich Überwachung der Vergabe der Fördermittel und Sanktionierung bei Fehlallokationen. Im Hinblick auf die außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Interessen Deutschlands muss sichergestellt werden, dass Mittel-Fehlallokationen vermieden werden.

## Ansprechpartner/Impressum

---

### Volker Leinweber

Geschäftsführer, Leiter der Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-133  
[volker.leinweber@vbw-bayern.de](mailto:volker.leinweber@vbw-bayern.de)

### Lisa Zölch

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-258  
[lisa.zoelch@vbw-bayern.de](mailto:lisa.zoelch@vbw-bayern.de)

### Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

### Herausgeber

**vbw**  
Vereinigung der Bayerischen  
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5  
80333 München

[www.vbw-bayern.de](http://www.vbw-bayern.de)

© vbw August 2025